



Bundesparteitag der Freidemokraten 1982: Die Maßstäbe gingen verloren

ZEITGESCHICHTE

„Das Tabu durchbrochen!“

Bis heute leugnet die FDP, pädophile Positionen unterstützt zu haben. Archivunterlagen belegen hingegen, wie tolerant die Partei gegenüber sexuellem Missbrauch war.

Eine Fete sollte es geben, Sonnabend nach dem Bundesparteitag der FDP. „Discothek und Diskussion“ kündigt die Einladung an. Kommen sollten nicht nur die Liberalen, die am Parteitag im November 1982 in Berlin teilnahmen, sondern auch Lesben, Schwule – und Päd-erasten. Unten rechts prangt das Logo der FDP.

Der Arbeitskreis Homosexualität des Berliner Landesverbands hatte die Party organisiert, der Landesvorsitzende der Freidemokraten, Jürgen Kunze, hatte sie abgesegnet. Die Einladung ging zusätzlich an mindestens 26 Parteifunktionäre. Proteste gab es keine.

Päderasten und die FDP? Ein Irrtum, ist sich die stellvertretende Parteivorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sicher: „Pädophilie war und ist in der FDP kein Thema. Nicht in der Geschichte der Partei – und noch viel weniger in der Gegenwart“, sagte sie vor zwei Wochen der „Welt“.

Aber das stimmt nicht. Unterlagen aus dem parteinahen Archiv des Liberalismus belegen, dass es in den frühen achtziger Jahren sehr wohl Toleranz und Unterstützung für pädophile Positionen gab – und zwar nicht nur bei den Deutschen Jungdemokraten, der damaligen Nachwuchsorganisation der FDP.

Die beschloss schon im März 1980 auf ihrer Bundesdelegiertenkonferenz auch die Streichung der Paragraphen 174 und 176, die den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ahnden. Doch die Duldung pädophiler Ansichten ging weit über die von der FDP finanzierten Jungdemokraten hinaus.

Aus heutiger Sicht ist es unverständlich, dass die FDP über die Entkriminalisierung von Sex zwischen Erwachsenen und Kindern diskutierte. Doch ähnlich wie bei den Grünen konnten auch viele Liberale im Zuge des gesellschaftlichen Aufbruchs nach 1968 nicht mehr sagen, wo die Grenze der Toleranz liegen sollte. Auch große

Teile der Liberalen fühlten sich dem Projekt der Emanzipation verpflichtet. „Es war der Geist all derer, die sich als Bürgerrechtler verstanden und die Gesellschaft dezidiert befreien wollten vom ‚Mief‘ der Adenauer-Republik, von der ‚sexualfeindlichen Bigotterie‘ des Katholizismus“, schreibt der Göttinger Parteienforscher Franz Walter, der die pädophilen Verstrickungen der Grünen untersucht.

Der liberale Geist führte dann zur längst überfälligen Entkriminalisierung von Homosexualität, aber eben auch zu der Forderung, die Paragraphen 174 und 176 ersatzlos zu streichen. Laut Walter war die FDP-Fraktion im Bundestag für Bürgerrechtsaktivisten und Sexualreformer „eindeutig der Ansprechpartner Nummer eins“. In ihrem Kampf für größtmögliche Liberalität gingen der FDP die Maßstäbe verloren.

Eine Werbeanzeige der FDP für die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1981 belegt dies beispielhaft. Unter der Überschrift „Das Tabu durchbrochen!“ werden fünf Initiativen der Liberalen gelobt. Außer für ehrenhafte Projekte wie das Beratungszentrum für Schwule und Lesben in Kreuzberg sorgte die FDP auch dafür, dass die Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft (AHA) öffentliche Gelder bekam. Die AHA setzte sich damals nicht nur für die dringend notwendige Entkriminalisierung von Homosexualität ein – sie war auch eine Lobbygruppe für Pädophile.

So bekam eine Organisation Steuergelder, deren „Arbeitsgruppe Pädophilie“ die Reform des Sexualstrafrechts forderte, sich für vor Gericht stehende Pädophile starkmachte und entsprechendes Gedankengut in Zeitschriften veröffentlichte. Olaf Stüben, einer der bekanntesten und umtriebigen Pädophilen jener Zeit, war Koordinator der AHA, als die Werbeanzeige verbreitet wurde.

Auch die Bundestagsabgeordneten der FDP befassten sich mit dem Sexualstrafrecht. Am 5. Mai 1981 empfing die Fraktion Experten zu einer Anhörung über eine mögliche Abschaffung des berüchtigten Schwulenparagrafen 175. Elf Experten folgten der Einladung: Strafrechtler, Sexualforscher, ein Sozialarbeiter und zwei Schwulenaktivisten.

Unter ihnen waren die Professoren Rüdiger Lautmann und Helmut Kentler. Beide waren damals für ihre pro-pädophilen Positionen bekannt. Soziologe Lautmann erklärte den Abgeordneten, dass durchweg falsche Vorstellungen über „Altersunterschiede, über das Verhalten der Jüngeren und über den Ablauf des sexuellen Kontakts“ bestünden.

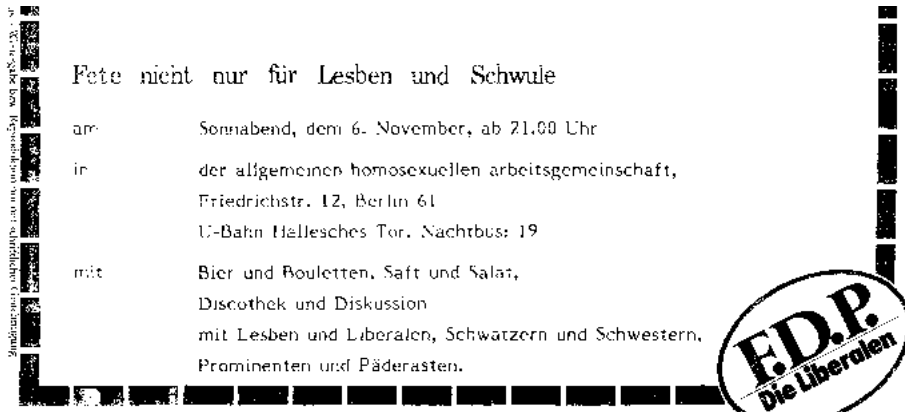
Der Sexualforscher Kentler, der an der Universität Hannover Sozialpädagogik lehrte und 1980 zwischenzeitlich sogar im Kuratorium der Deutschen Studien- und

irritierte das offensichtlich nicht. Laut dem stenografischen Protokoll der Anhörung gab es weder Zwischenrufe noch Nachfragen.

Selbst zur Speerspitze der Pädophiliebewegung hatte die FDP Verbindungen. Die umtriebige DSAP nutzte 1980 das gleiche Postfach wie die Humanistische Union (HU) in Düsseldorf. Deren Bundesvorsitzender wiederum war Ulrich Klug. Der mittlerweile verstorbene FDP-Politiker arbeitete von 1971 bis 1974 als Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Justizministerium und war von 1974 bis 1977 Hamburger Justizsenator.

Die HU – nach eigenen Angaben „eine unabhängige Bürgerrechtsorganisation“ – hatte ebenfalls lange eine problematische Haltung zum Thema Pädophilie. So pflegte die HU engen Kontakt mit der Arbeitsgemeinschaft Humane Sexualität (AHS), die Sex zwischen Erwachsenen und Kindern erlauben wollte. Erst im Jahr 2004 distanzierte sich die Humanistische Union von der AHS und pro-pädophilen Positionen.

Soziologe Lautmann sitzt heute noch im HU-Beirat, zusammen mit den Grünen-Politikerinnen Renate Künast und Claudia Roth. Sein 1994 veröffentlichtes Buch „Die Lust am Kind“ wird nach wie



Einladung an Teilnehmer des FDP-Bundesparteitags 1982: Mit Liberalen und Päderasten

Arbeitsgemeinschaft Pädophilie (DSAP) saß, berichtete den Abgeordneten von einem Berliner Projekt, das vom Senat gefördert wurde.

Als Psychologe habe er mit Fürsorgezöglingen gearbeitet, die an „sekundärem Schwachsinn“ litten. Diese Jungen im Alter von 13 bis 15 Jahren habe er ab 1970 bei Päderasten untergebracht. Aus gutem Grund, wie der Professor fand. „Diese Leute haben diese schwachsinnigen Jungen nur deswegen ausgehalten, weil sie eben in sie verliebt, verknallt und vernarrt waren.“ Man habe diese „Beziehungen“ sehr intensiv betreut.

Es ist ein ungeheuerlicher Vorgang. Ein Psychologieprofessor liefert schutzbedürftige Jugendliche bekennenden Päderasten aus. Doch die FDP-Abgeordneten

vor von Pädophilen angepriesen, auch wenn Lautmann nach öffentlicher Kritik auf Abstand zu der Schrift ging.

Mitglied des HU-Beirats ist auch Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger. Sie war schon dabei, als sich die Bürgerrechtsorganisation vor neun Jahren mit ihrer pädophilen Vergangenheit auseinandersetzen musste und sich schließlich von ihr distanzierte.

Auch darum mutet es so seltsam an, wenn Leutheusser-Schnarrenberger nun sagt, dass die Liberalen keine Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit brauchen. Schließlich deuten viele Belege darauf hin, dass der FDP die kritische Distanz zu pädophilen Aktivisten fehlte.

FLORIAN GATHMANN, ANN-KATRIN MÜLLER, CHRISTIAN TEEVS